

Finanziell unterstützt wurde die Studie durch das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB). Das Wissen basiert auf den Erfahrungen von Politiker\*innen mit Behinderungen. Sie wurden durch das Forschungsteam befragt.

Tatkraft waren auch beteiligt.

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Verein für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich durchgeführt. Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften und der Verein Tatkraft waren auch beteiligt.

Wir haben die wichtigsten Handlungsempfehlungen für euch zusammengefasst. Diese Massnahmen sollten umgesetzt werden von Organisationen, Einzelpersonen, staatlichen Behörden und Parteien.

Was kann ich meinen Mitstreiter\*innen empfehlen, um Politik inklusiver zu machen? Was können meine Partei und ich selbst tun, um Barrieren für Menschen mit Behinderungen in der Politik abzubauen?

# Mehr Informationen zum Projekt Disabled in Politics gibt es auf [behindertepolitik.ch](http://behindertepolitik.ch).

# der Politik ab. Barrieren in unseren So

\* Was ist eine Behinderung? Wir verstehen unter Behinderungen Zustände oder Verhaltensweisen, die Menschen in ihrer Umwelt passieren. Diese behindern Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensweise und in der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte.

# Was wir alle beachten sollten, um bessere Zugänglichkeit in der Politik zu schaffen

## Baulich

Räume und Gebäude müssen mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Rollstuhlgängige Toiletten müssen funktionieren und dürfen nicht abgeschlossen sein. Die Rollstuhllifte dürfen nicht defekt sein. Räume sollen eine Akustik haben, welche die Verständlichkeit der gesprochenen Sprache unterstützt. Die Gebäude brauchen gut verständliche und sichtbare Signale.

## Mobilität

Veranstaltungsorte sollen mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar sein und/oder genügend Behindertenparkplätze haben.

## Coaching

Es braucht Angebote für Coaching und Beratungsstunden für politisch aktive Personen mit Behinderung. Dieses könnte in Gruppen oder einzeln angeboten werden.

## Anlässe

Es sollen alle genug Platz in den Räumen haben. Mikrophone helfen, damit es alle gut hören. Beamer helfen, damit es alle gut sehen. Stellt sicher, dass Menschen bei der Anmeldung Kontakt aufnehmen können mit einer zuverlässigen und erreichbaren Kontaktperson. Achtet auch bei informellen Teilen der Veranstaltung auf Barrierefreiheit. Also auch bei Pausen und Apéros. Beispielsweise sind Stehtische und Fingerfood gleichzeitig unzugänglich. Es braucht geeignete Ablageflächen. Organisiert Gebärdendolmetscher\*innen auch für informelle Gespräche. Für gewisse Menschen ist es nur möglich online an Veranstaltungen teilzunehmen. Entwickelt ein hybrides Angebot (online + offline).

Erstellt zusammen mit Selbstbetroffenen oder Organisationen eine Checkliste für bessere Zugänglichkeit.

Barrierefreiheit kostet meistens. Grundsätzlich müssen Zusatzkosten, die aufkommen, immer vorab geklärt werden (Fahrdienste, Assistenz, Gebärdendolmetscher\*innen).

## Unterstützungs-Repertoire aufbauen

Die Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich. Baue deshalb zusammen mit den Selbstbetroffenen ein Unterstützungs-Repertoire auf. Das soll über die Zeit auch flexibel weiterentwickelt werden. Bezieht auch Kompetenzstellen mit ein. Die Betroffenen sollen nicht auf die Unterstützung vom privaten Umfeld angewiesen sein.

## Assistenz organisieren

Erstellt Zugang zu Assistenz für politische Tätigkeiten. Die **Betroffene** wissen selbst am besten, welche und wieviel Assistenzleistung sie brauchen. Entwürdigende Kontrollen dürfen nicht erfolgen. Der Zugang zu Assistenz muss ohne grossen Bürokratieaufwand und barrierefrei möglich sein. Achte darauf, dass auch diese Information in einfacher Sprache erfolgt. Einen Assistenzpool aufzubauen oder sich mit anderen zusammenzuschliessen, kann die Organisation von Assistenz vereinfachen.

## Informationen

Biete Informationen wie zum Beispiel Abstimmungsparolen oder Initiativtexte auch in Gebärdensprache an. Beispielsweise mit einem Video oder durch Übersetzungen bei Veranstaltungen. Schriftliche Informationen sind für gehörlose Menschen nur bruchstückhaft verständlich. Digitale schriftliche Dokumente müssen für Personen mit einer Sehbehinderung mit einer Screen-Reader-Software lesbar sein. Mündliche Reden können einfacher verständlich gemacht werden, durch z.B. die Verwendung von Dialekt statt Schriftsprache oder Angebot von Assistenz. Das ist für Menschen mit Aphasie oder kognitiver Beeinträchtigung wichtig.

## Netzwerkarbeit

Aktive Politiker\*innen mit Behinderungen und interessierte Menschen mit Behinderungen bilden Netzwerke um sich gegenseitig zu unterstützen. Dabei sollen besonders jene Menschen erreicht werden, die bis jetzt besonders schlecht vertreten sind.

Das betrifft Menschen mit unsichtbaren Behinderungen (psychisch und kognitiv), gehörlose Personen oder Menschen mit Sprach- und Sprechbeeinträchtigung.

Es können politische Tandems, Kleingruppen oder Mentoratsbeziehungen zwischen Menschen mit Behinderungen aufgebaut werden. Unterstützt diese Arbeitsbeziehungen!

## Was Parteien tun sollen

Auf Kantonebene sollen die Parteisekretariate eine Stelle schaffen, welche für Barrierefreiheit und Nachteilsausgleich zuständig ist.

Die Stelle arbeitet mit den anderen Kantonen und mit den Parteisektionen auf Bezirks- und Gemeindeebene zusammen. Personen mit Behinderungen sollten die Stelle führen.

## Was Behörden tun sollen

Der Bund und die Kantone müssen die Gesetze so anpassen, dass Menschen mit Behinderungen das aktive und passive Wahlrecht wahrnehmen können. Also, dass Menschen mit Behinderungen wählen, abstimmen, für ein Amt kandidieren und gewählt werden können.

Der Bund und die Kantone sollen die Parteien finanziell unterstützen, um Barrieren abzubauen. Dazu braucht es passende Gesetze. Über finanzielle Ausgaben sollen Menschen mit Behinderungen entscheiden. Dies ist im Sinne der Selbstvertretung wichtig.

Wir empfehlen, dass der Bund einen Fonds erstellt, der von Menschen mit Behinderungen verwaltet wird. Gelder werden an Politiker\*innen mit Behinderungen vergeben.

Bund und Kantone sollen eine Fachstelle für politische Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen.

Die Fachstelle sorgt aktiv für Barrierefreiheit und dient als Anlaufstelle. Die Mehrheit der Mitarbeitenden sollten Menschen mit Behinderung sein. Für Mitarbeitende muss die notwendige Assistenz zur Verfügung stehen. Es darf keine Gratisarbeit erfolgen.

Bund und Kantone müssen direkten Zugang zu politischer Bildung gewährleisten. Besonders für gehörlose Personen und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen muss die Bildung verbessert werden. Bund und Kantone schaffen die rechtlichen Grundlagen, damit alle Ausgleichsmassnahmen für die nutzenden Personen kostenlos sind.

## Was wir alle tun sollten, für bessere Sensibilisierung

Menschen mit Behinderungen dürfen nicht mehr als bedauernswerte Wesen dargestellt werden, sondern die individuellen Stärken der Personen sollen im Zentrum stehen. Behinderung ist durch die Umwelt bedingt.

Dies muss in Öffentlichkeitsarbeit verständlich gemacht werden.

- Erstellt Portraits und Dokumentationen von Politiker\*innen mit Behinderungen.
- Fördert Nationale Kampagnen, welche Politiker\*innen mit Behinderungen ins Zentrum rückt.
- Organisiert Veranstaltungen und Tagungen zum Thema Behindertenpolitik.
- Macht immer und überall auf Hindernisse aufmerksam, auf die Menschen mit Behinderungen tagtäglich stossen.

## Was Organisationen tun sollen

Organisationen unterstützen kandidierende Personen mit Behinderungen sichtbar in der Öffentlichkeit. Dies unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Die Organisationen sollen in diesem Bereich zusammenarbeiten.